



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

"... auf der Suche nach festem Boden"

Blömeke, Sigrid

Münster [u.a.], 1999

III.2.1 Auseinandersetzungen um Paderborn als Standort

urn:nbn:de:hbz:466:1-39856

Im Mittelpunkt der lokalen Bildungspolitik stand 1945 die Diskussion um konfessionelle oder Gemeinschaftsschulen. Die britische Militärregierung hatte mit der Erziehungsanweisung an die deutschen Behörden EIGA Nr. 1 die Schulverwaltungen aufgefordert, eine Entscheidung der Eltern über den Charakter der Volksschulen einzuholen. „Wir stimmen für die Bekenntnisschule“, lauteten die wiederkehrenden Schlagzeilen in der örtlichen „Westfalen-Zeitung“, die am 19. April 1946 das Ergebnis bekanntgab: 2.940 Fragebögen waren zurückgegeben worden, die eine konfessionelle Bindung der Volksschulen forderten. Nur 249 Eltern, das waren weniger als acht Prozent, sprachen sich nicht dafür aus. Gegen die Stimmen von SPD und KPD beschloss CDU und Zentrum dann im Juli 1946 in der Stadtvertretersitzung auf Empfehlung des Schulausschusses die Wiedereinrichtung konfessioneller Schulen (vgl. StadA PB, A 5514). Die Gegner dieses Beschlusses hatten vor allem auf die organisatorischen Schwierigkeiten – beispielsweise bei der Schaffung winterfester Schulräume – hingewiesen. Darauf gingen CDU und Zentrum jedoch nicht ein. Stadtvertreter und Schulausschußmitglied Reker warf den Befürwortern von Gemeinschaftsschulen im Schulausschuß vor, daß diese eine Einrichtung der Nazis gewesen seien (vgl. StadA PB, A 5520). Für die evangelischen SchülerInnen bedeutete der Beschluß der Stadtvertreter, daß sie von nun an weite Schulwege zurückzulegen hatten, da für sie nur drei Räume zur Verfügung gestellt wurden.

III.2 Die Errichtung einer Pädagogischen Akademie in Paderborn

III.2.1 Auseinandersetzungen um Paderborn als Standort

Obwohl der endgültige Beschluß des Oberpräsidiums der Provinz Westfalen und der Vertreter der Regierungspräsidien, eine der fünf geplanten Pädagogischen Akademien in Paderborn zu errichten, erst relativ spät – Ende März 1946 – fiel, kam die Stadt doch bereits früh als Standort ins Gespräch. So enthielten einige der Konzepte zur westfälischen VolksschullehrerInnenausbildung, die im Juli 1945 aufgrund einer Aufforderung der britischen Militärregierung eingereicht worden waren, den Hinweis auf Paderborn bzw. das „Paderborner Land“ (StA MS, OP 8371) als geeigneten Standort einer katholischen Akademie.

Dr. Karl Beyerle, der Ende 1945 zum Leiter des Sonderlehrgangs in Paderborn berufen wurde, spricht in seiner Darstellung der historischen Entwicklung bis zur Gründung der Akademie davon, daß „bereits 1945 der Plan auf(tauchte; S.B.), eine katholische Pädagogische Akademie in den südostwestfälischen Raum zu verlegen“ (Beyerle 1962, S. 113). Einen genaueren Standort nennt

Beyerle noch nicht, weist aber darauf hin, daß er noch in demselben Jahr – also bevor der Beschluß auf Provinzebene feststand – von dem Mindener Regierungspräsidenten Zenz den Auftrag erhalten habe, die „Interessen einer in Paderborn zu begründenden Pädagogischen Akademie zu wahren“ (zit. nach ebd.). Zenz verfolgte offenbar seine eigenen Pläne zur VolksschullehrerInnenausbildung im Regierungsbezirk Minden, ohne diese im einzelnen mit den anderen Behörden abzusprechen: Einem Schulausschußprotokoll der Stadt Paderborn ist zu entnehmen, daß am 18. Februar 1946 eine Mitteilung der Regierung einging, wonach „in Paderborn die Errichtung einer Akademie für kath. Lehrer und Lehrerinnen geplant ist“ (StadA PB, A 5520). Dieses Angebot stieß bei den Stadtvertretern noch auf Zurückhaltung. Der Grund dafür war die starke Zerstörung der Stadt, so daß lediglich vorsichtig formuliert wurde:

„Der Ausschuß nahm von dieser Eingabe Kenntnis und war einstimmig der Ansicht, daß trotz der Schwierigkeiten bezgl. Gebäudebeschaffung diesem Angebot näher getreten werden muß.“ (ebd.)

Im Gegensatz hierzu stand der rasche Einsatz der katholischen Kirche für eine Akademie in Paderborn. So schrieb Generalvikar Rintelen, dem der Regierungspräsident sein Vorhaben ebenfalls mitgeteilt hatte, am 21. Februar 1946 direkt an das Oberpräsidium, er freue sich, daß „der Plan einer Pädagogischen Akademie in Paderborn feste Gestalt annimmt“ (StA MS, OP 8371; s. auch Anh. IV.1).

Doch auch Rintelen hatte Sorge, ob in der zerstörten Stadt genügend geeignete Gebäude beschafft werden könnten. Nicht zu unrecht, wie die Bewerbungen anderer ostwestfälischer Städte, die unter Bombenangriffen weniger gelitten hatten, zeigen (vgl. Beyerle 1962, S. 114). Stärkster Konkurrent Paderborns war dabei die Stadt Soest, die bis in den Mai hinein wiederholt diesbezügliche Eingaben beim Oberpräsidium und dem Arnsberger Regierungspräsidenten machte. Ihr Stadtdirektor und ihr Landrat stützten sich im wesentlichen auf zwei Argumente:

- ◆ Die Stadt habe „ein geschichtliches Anrecht“ (StA MS, OP 8371) auf die Errichtung einer Pädagogischen Akademie.

„Von 1805 bis 1926 hat in Soest ein evangelisches Lehrerseminar bestanden.“ (ebd.)

Die Wahl der Stadt Soest als Akademie-Standort wurde als „Wiedergutmachung“ (ebd.; s. auch Anh. IV.2) für die Schließung in der Weimarer Republik angesehen.

- ◆ Auch habe Soest „eine bodenständige, formreiche Kultur“ (ebd.), die den Krieg – ebenso wie das Stadtgebiet und die Volksschulen – unbeschadet überstanden habe.

Beide Punkte wurden jedoch von Müller, dem Leiter der Arnsberger Schulabteilung, und dem Oberpräsidium mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß solche

Gründe „von vielen anderen Städten erhoben werden“ könnten – „wenn auch unter anderen Vorzeichen“ (ebd.).

In der Tat wurden auch in Paderborn ähnliche Argumente angeführt. Auf historische und sozialgeographische Vorzüge der Region verwiesen die Befürworter einer Akademie in Paderborn immer wieder (vgl. UniA PB, A.V.1-Maasjost), zudem hatte Paderborn bis 1925 ebenfalls ein Lehrerseminar (vgl. Nach 25 Jahren 1950) und bis 1926 ein Lehrerinnenseminar (vgl. Stroop 1992) vorzuweisen. Letzteres konnte bis zu seiner Schließung 1926 immerhin auf eine 94jährige Geschichte zurückblicken, die für Preußen auch insofern von Bedeutung war, als das Seminar neben dem in Münster nach seiner Gründung 1832 zwanzig Jahre lang in Preußen die einzige Ausbildungsstätte für Lehrerinnen war (vgl. ebd., S. 183).

Anfang März 1946 waren noch immer beide Städte für eine Akademie im Gespräch, wie aus einem Protokoll einer Besprechung der Vertreter der Regierungspräsidien mit dem Oberpräsidium hervorgeht (vgl. StA MS, OP 8293). Die Mindener Schulabteilung ging zu diesem Zeitpunkt allerdings längst von Paderborn aus und verschickte bereits Merkblätter, in denen die Eröffnung einer „Pädagogischen Hochschule zur Ausbildung von [...] katholischen Volksschullehrern und -lehrerinnen in Paderborn“ (StA MS, OP 8371; s. auch Anh. IV.5) bereits für Ostern 1946 angekündigt wurde. Bewerbungen mußten bis 20. März in Minden sein. Die örtliche Presse bekam ebenfalls Mitteilung. In der „Westfalen-Zeitung“ wurde die Einrichtung am 15. März 1946 als Faktum berichtet:

„Für die Paderstadt lebt damit die alte Tradition des Lehrerseminars wieder auf.“

Am selben Tag berichtete darüber auch die „Neue Westfälische Zeitung“.

Die Pressestelle des Oberpräsidiums, die von diesen Artikeln erfuhr, ließ sie allerdings umgehend dementieren:

„Die [...] Nachricht über eine demnächstige Eröffnung einer Pädagogischen Hochschule zur Ausbildung katholischer Volksschullehrer in Paderborn entspricht nicht den Tatsachen.“ (StA MS, OP 8357)

Eine katholische Akademie sei lediglich für Münster geplant.

Dieses Dementi stieß im Raum Paderborn auf heftigen Protest. So schrieb der Geograph Dr. Ludwig Maasjost, der spätere Leiter des Sonderlehrgangs in Warburg und Dozent an der Pädagogischen Akademie Paderborn, am 31. März 1946 an die Mindener Schulabteilung und wies auf die Vorzüge Paderborns gegenüber Münster hin:

„Es gibt keine andere Stadt in Westfalen, die für die [...] Exkursionsarbeit ein so reiches und günstiges Beobachtungsfeld bietet. Die Umgebung von Münster ist trotz anderer Eigenheiten nicht so mannigfaltig.“ (UniA PB, A.V.1.-Maasjost)

In bezug auf die „Erziehung zur Heimat- und Naturverbundenheit“ – so Maasjost – sei die Errichtung einer Pädagogischen Akademie in Paderborn „diesen

Kampf wert, selbst wenn vorübergehend in Barackenräumen gearbeitet werden müßte“ (ebd.).

Im März 1946 schaltete sich auch der Paderborner Erzbischof Lorenz Jäger in die Bemühungen um die Ansiedlung einer Akademie in Paderborn ein. Beyerle, Brockhaus, Pollmann und die „Westfalen-Zeitung“ sprechen in ihren Darstellungen davon, daß das Angebot Jägers, die Pädagogische Akademie könne einen Teil des Neuen Waisenhauses nutzen, „den endgültigen Ausschlag“ (Beyerle 1962, S. 114) für Paderborn als Standort gab (vgl. Brockhaus 1989, S. 25, Pollmann 1964, S. 66, und Eine Lehrer-Akademie in Paderborn 1946). In den Akten des Oberpräsidiums ist davon jedoch nicht die Rede, dort ist lediglich der endgültige Beschluß vom 26. März 1946 protokolliert (vgl. StA MS, OP 8293).

III.2.2 Inhaltliche und personelle Ausrichtung und materielle Bedingungen

Nach der Festlegung des Standortes stand die erforderliche personelle, materielle und inhaltliche Ausgestaltung der Paderborner Akademie im Vordergrund der Diskussionen und Entscheidungen. Besonders die katholische Kirche schaltete sich immer wieder mit Eingaben ein, die ihre Interessen zur Geltung bringen sollten. Diese stießen im Oberpräsidium auf positive Resonanz: Oberpräsident Amelunxen sprach vom „Zusammenwirken von Kirche und Staat an der Neugestaltung der Lehrerbildung“ (StA MS, OP 8372). Vom Paderborner Erzbischof wurde als Kontaktperson, die auch beratend an den Besprechungen von Oberpräsidium und Regierungspräsidien teilnehmen sollte, Theoderich Kampmann benannt, Professor an der Theologischen Fakultät Paderborn. Der Bischof von Münster benannte hierfür Professor Heinrich Weber. Hauptanliegen der katholischen Kirche war die konfessionelle Bindung der Akademien, für die sie sich mit großer Energie einsetzte. Dompropst Paul Simon schrieb am 20. Juli 1946 an das Oberpräsidium, daß „der konfessionelle Charakter der (Paderborner; S.B.) Akademie immer von neuem angegriffen“ werde:

„Neuerdings heißt es nun wieder, daß die Akademie nicht nach Paderborn komme, daß man sie vielmehr nach Höxter verlege und sie zu einer simultanen Akademie machen werde.“ (ebd.; s. auch Anh. IV.3)

Simon befürchtete vor allem den Einfluß des Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Adolf Grimme:

„Wir würden diese Wandlung der Dinge nicht nur sehr bedauern, sondern müßten auch lebhaft dagegen protestieren, daß Herr Grimme seine Ideale in der ganzen britischen Zone verwirklichen darf.“ (ebd.)

Amelunxen konnte die „Befürchtungen“ des Dompropstes jedoch zerstreuen, die „Gerüchte“ würden „jeder Grundlage entbehren“ (ebd.).